



Frau Bundeskanzlerin

---

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

31. Januar 2020

---

# Wochenbericht KW 5

**forsa | Kantar | IfD Allensbach**

Wähleranteile:	Union zwischen 28,5 % und 27 %, SPD zwischen 15 % und 12 % Grüne zwischen 23,5 % und 21 %, AfD zwischen 14 % und 12 %
Wirtschaft:	Hälfte der Bevölkerung erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Weltpolitische Lage:	Mehrheit macht sich Sorgen um den Weltfrieden Iran, Naher Osten und USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen Mehr Bürger finden, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

*Steffen Seibert*

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Kantar<sup>1</sup></b> für BamS	<b>IfD Allensbach<sup>2</sup></b> für FAZ
CDU/CSU	28 (-)	27 (+1)	28,5 (-)
SPD	12 (-1)	15 (+1)	14,0 (-1,0)
FDP	9 (+1)	8 (-1)	8,0 (+1,0)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-1)	8,0 (-0,5)
B'90/Grüne	23 (+1)	21 (-)	23,5 (+2,5)
AfD	12 (-1)	14 (-1)	13,0 (-2,0)
Sonstige	7 (-)	6 (+1)	5,0 (-)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.	23.-29.01.	09.-22.01.

Die Union liegt bei forsa 16 (+1), bei IfD Allensbach 14,5 (+1) und bei Kantar 12 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	14 (-)
Scholz	33 (-)
Kramp-Karrenbauer	15 (-)
Habeck	32 (-)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz weiterhin mit 19 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich hinter Olaf Scholz und mit 17 (-) Prozentpunkten deutlich hinter Robert Habeck.

30 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 24 % (-3) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 64 % (+1) für Scholz und 11 % (+1) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 38 % (+4) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 17 % (-) für Habeck aus. Von den Anhängern der Grünen präferieren 68 % (+2) Habeck und 8 % (+1) Kramp-Karrenbauer.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (02.02.2020)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 51/2019

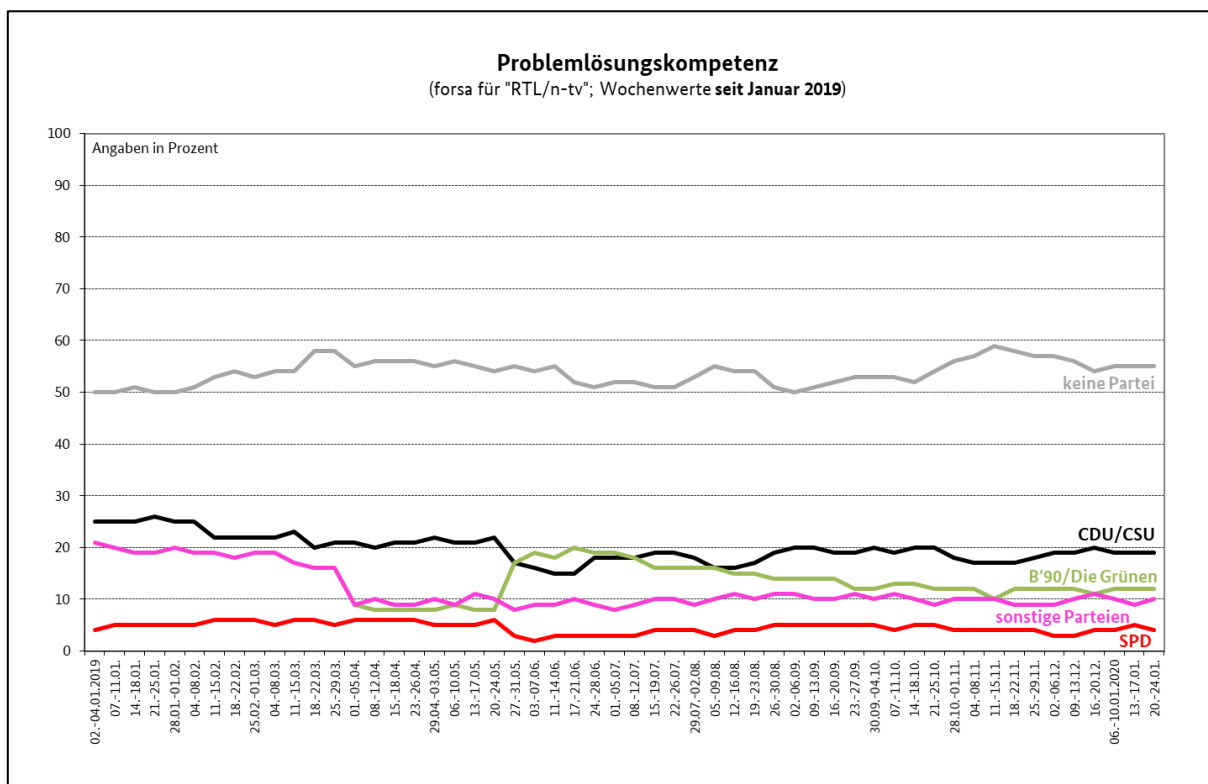
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-)
SPD	4	(-)
Grüne	12	(-)
sonstige Parteien	10	(+1)
keine Partei	55	(-)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (+1) Prozentpunkte vor der SPD und 7 (-) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 55 % (-) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



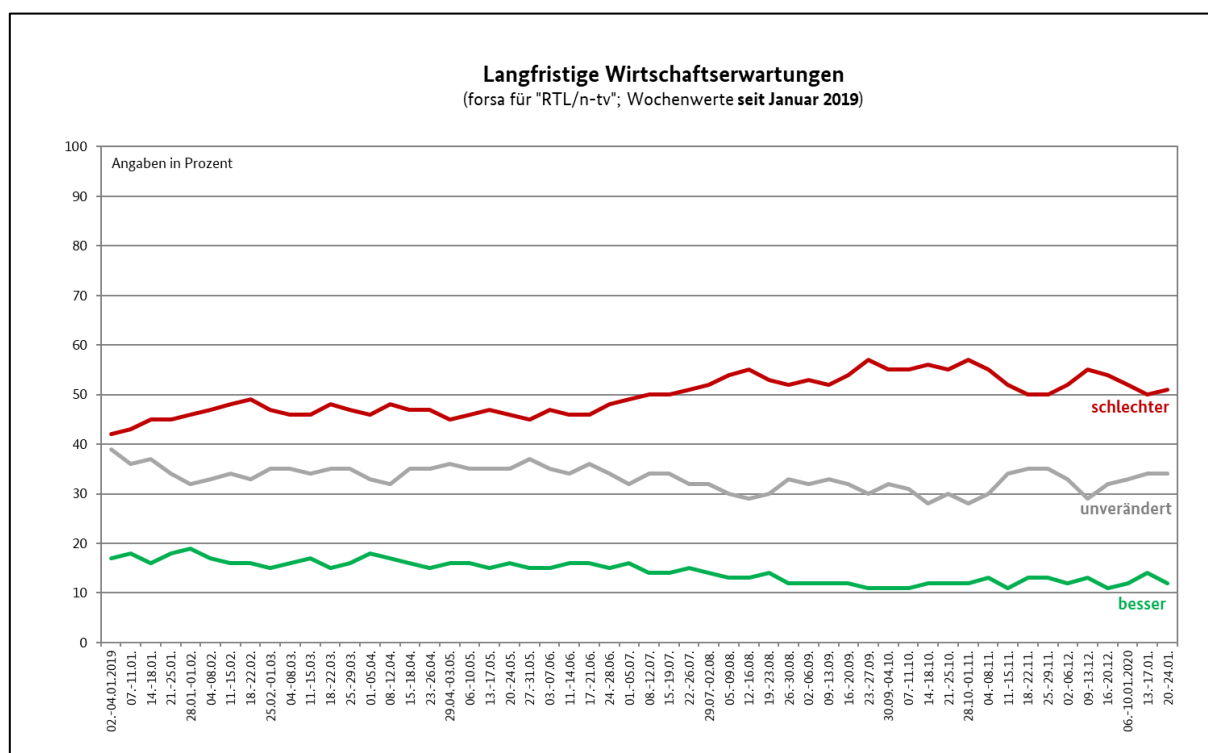
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	12	(-2)
schlechter	51	(+1)
unverändert	34	(-)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 39 (+3) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



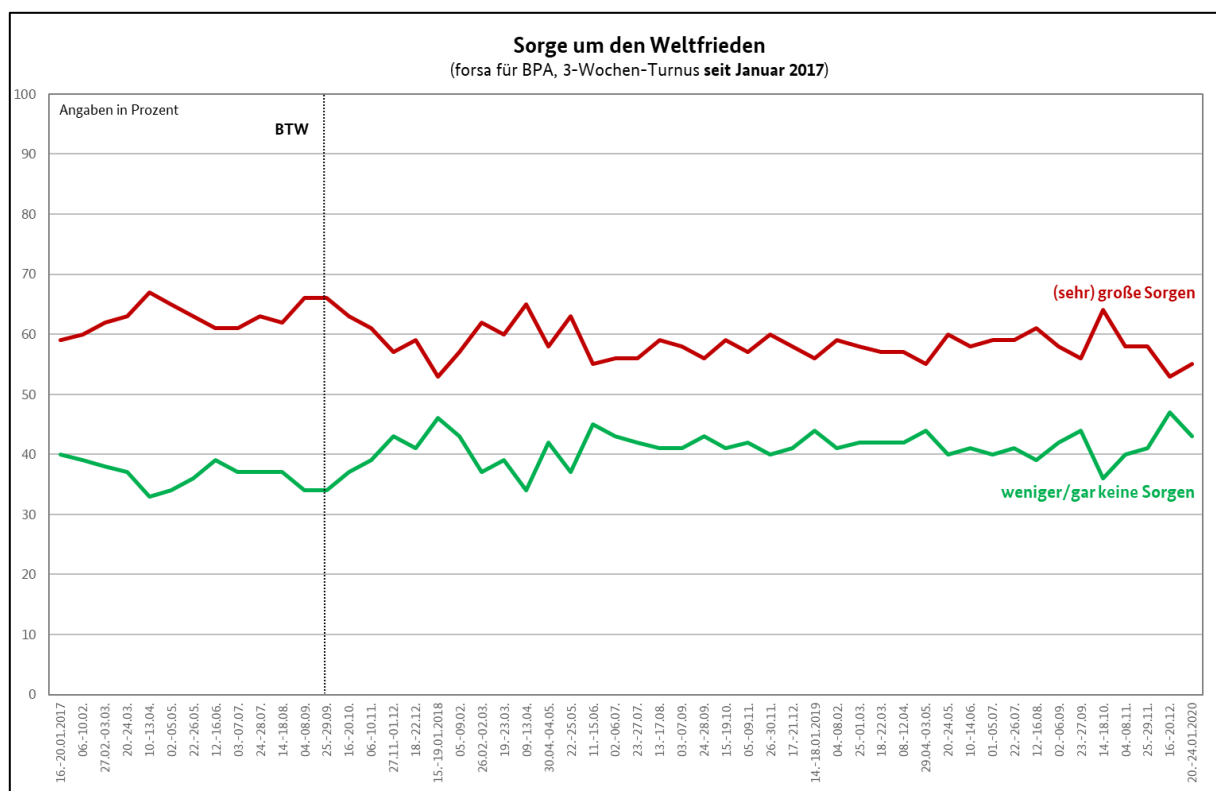
## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA	
sehr große	11 (+1)	
große	44 (+1)	
wenig	36 (-1)	
keine	7 (-3)	
Erhebungszeitraum	20.-24.01.	

Anhänger der Linkspartei (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Ostdeutsche machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Westdeutsche (63 % zu 54 %), Frauen häufiger als Männer (66 % zu 46 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (62 % zu 48 %).

Anhänger der AfD (61 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.



## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

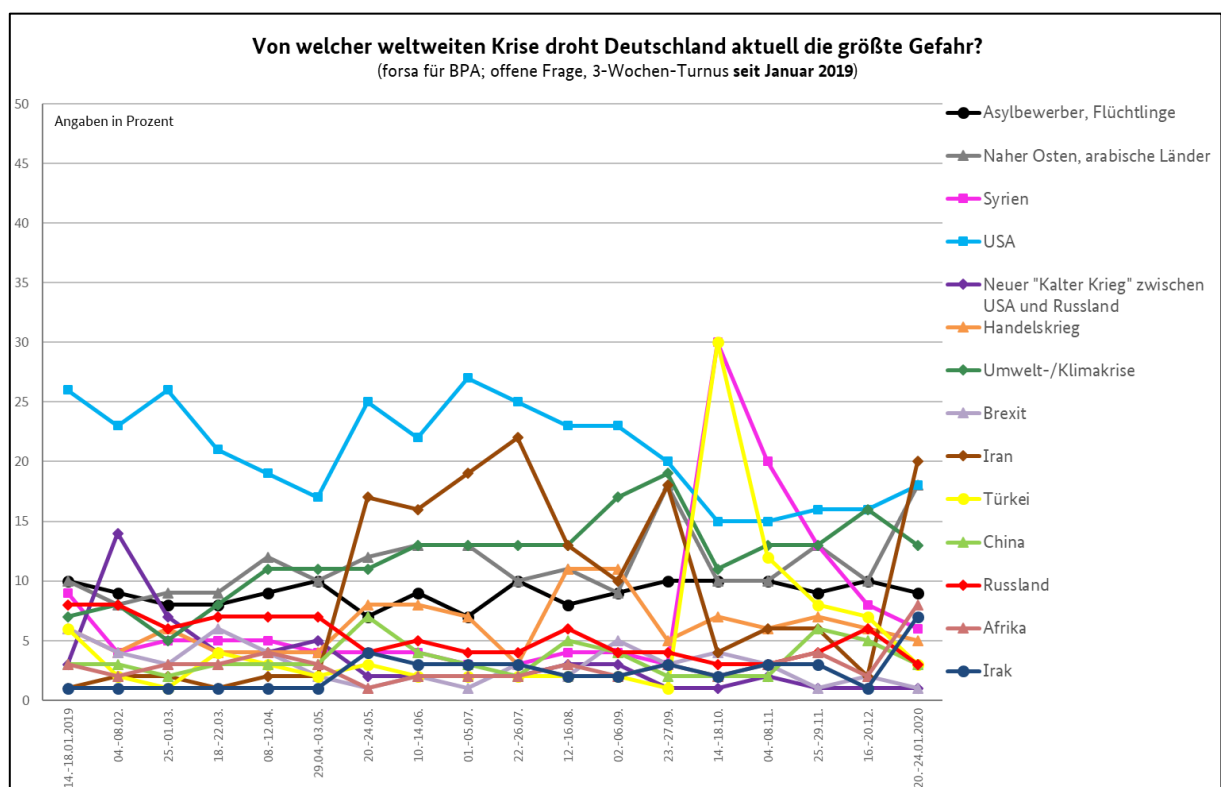
	forsa für BPA
Iran	20 (+18)
Naher Osten, arabische Länder	18 (+8)
USA	18 (+2)
Umwelt-/Klimakrise	13 (-3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9 (-1)
Afrika	8 (+6)
Irak	7 (+6)
Syrien	6 (-2)
Handelskrieg	5 (-1)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.

Ein Fünftel der Bevölkerung nimmt den Iran als größte Gefahr wahr. Im Vergleich zur letzten Erhebung im Dezember 2019 sehen deutlich mehr Bundesbürger Deutschland von dieser Krise bedroht (+18 Prozentpunkte). Auf den Nahen Osten und die USA entfallen nur geringfügig weniger Nennungen.

30- bis 44-Jährige (27 %) nennen den Iran überdurchschnittlich oft als größte Bedrohung.

Anhänger der FDP (35 %) nennen den Nahen Osten besonders häufig als größte Gefahrenquelle und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (25 % zu 9 %).

Frauen nennen die USA häufiger als größte Bedrohung als Männer (21 % zu 14 %).



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

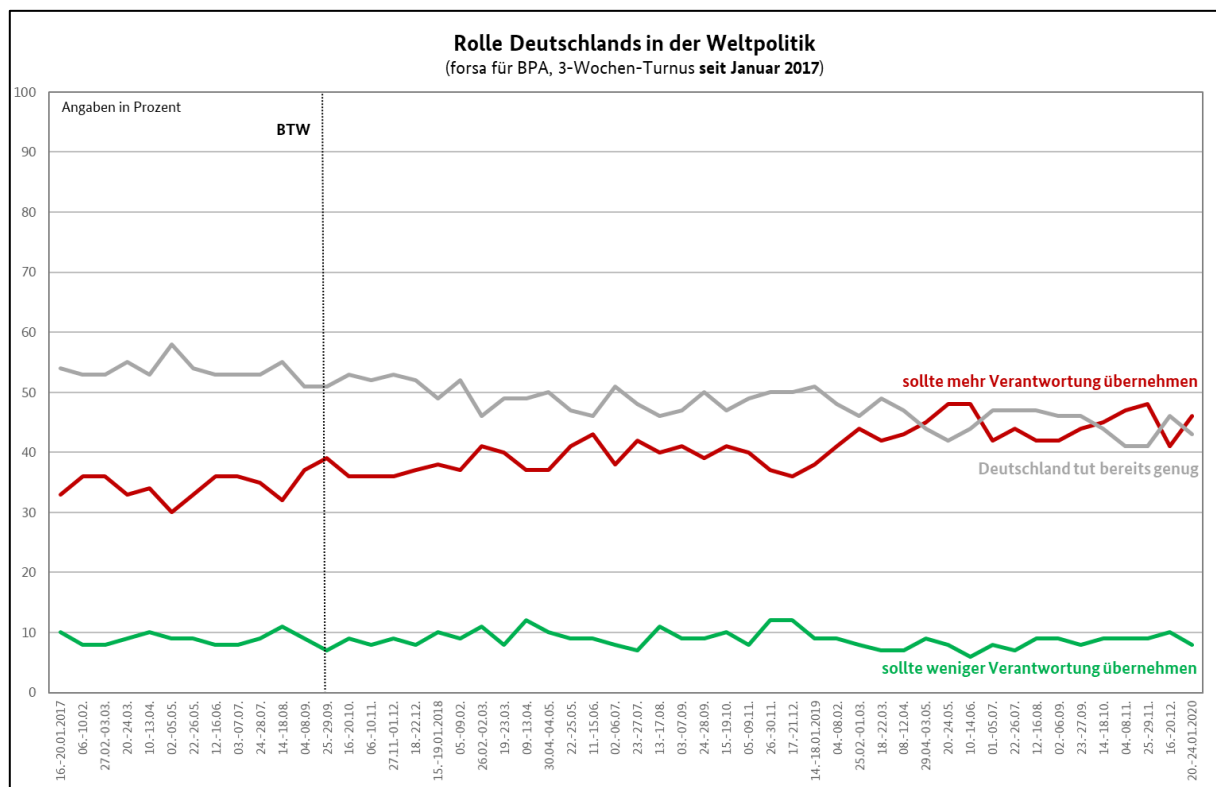
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	46 (+5)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (-2)
Deutschland tut bereits genug	43 (-3)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.

Im Vergleich zur letzten Erhebung im Dezember 2019 glauben mehr Bürger, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte. Überdurchschnittlich häufig sind Anhänger der Grünen (56 %) dieser Meinung

Hingegen sind Anhänger der AfD (24 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit mittlerem Einkommen (54 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



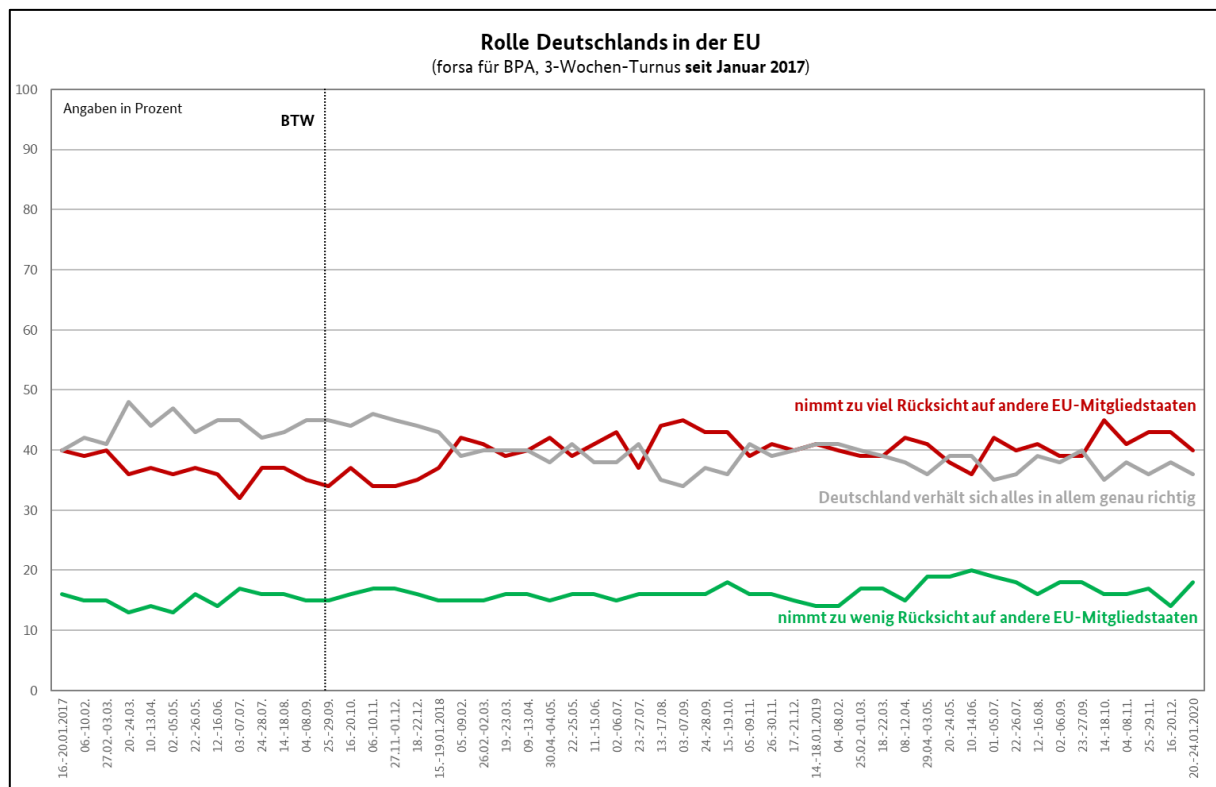
## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40 (-3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	18 (+4)
verhält sich alles in allem genau richtig	36 (-2)
Erhebungszeitraum	20.-24.01.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 %) und Anhänger der AfD (73 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (51 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.





## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	42 (neu)
Jahrestag der Befreiung von Auschwitz	13 (neu)
Klimaschutz/-wandel	11 (-9)
US-Präsident Donald Trump/Amtsenthobungsverfahren	7 (-)
Iran-USA-Konflikt	6 (-7)
Erhebungszeitraum	27.-29.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Neu hinzugekommen ist auch das Thema "Jahrestag der Befreiung von Auschwitz". Anhänger der Grünen (25 %) und der Linkspartei (23 %) nennen es besonders häufig und über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (19 % zu 5 %).

